

Der Präsident des Deutschen Bundesrates

Bonn, den 28. Juli 1950

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Ich beehre mich mitzuteilen, daß der Deutsche Bundesrat in seiner 31. Sitzung am 28. Juli 1950 die nachfolgende Entschließung betreffend die Wahl der Delegierten zum Europarat gefaßt hat:

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 26. Juli 1950 die Mitglieder der nach Straßburg zum Europarat zu entsendenden deutschen Delegation unter Nichtachtung der Stellungnahme des Bundesrates gewählt. Der Bundesrat drückt sein Befremden darüber aus, daß weder die Bundesregierung noch der Bundestag auf seine schriftlich übermittelten Beschlüsse geantwortet haben. Ganz besonders bedauert der Bundesrat, daß der Bundestag es abgelehnt hat, auch Nichtmitglieder des Bundestages, die für die Straßburger Versammlung besondere Eignung haben, zu wählen. Der Bundesrat erachtet es als selbstverständlich, daß die vom Bundestag gewählte Delegation für Straßburg nur solange bestehen bleibt, bis auf Grund des vom Bundesrat verlangten Gesetzes für die Wahl zur Beratenden Versammlung des Europarates, auf dessen beschleunigte Vorlage er besteht, eine Neuwahl vorgenommen werden kann.

In Vertretung

Kopf